

Der 14. Juni
Solidaritätstag der IAA
1600 Kongress in Dresden
Massen-Demonstration
15 Uhr, Holbeinplatz
nach dem Keglerheim

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungp...

Preis: Die maximal gelieferte Preisliste über den...
Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft...
7. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 13. Juni 1931 Nummer 112

Unter dem Feuer der roten Offensive

Panik bei der Bourgeoisie!

Sensationelle Enthüllung Luthers über Kapitalflucht / Rettungsmanöver der SPD-Führer / Neue Diktaturschritte der Volkspartei

Die KPD an der Spitze des Volkssturms!

Berlin, 13. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Der gestrige Beschluß der Deutschen Volkspartei, für die Einberufung des Reichstages zu stimmen, ein Beschluß, der gegen den ausdrücklichen Willen Brüning's und seines volksparteilichen Ministers Curtius gefaßt wurde, ist ein deutliches Symptom für die Panik innerhalb der herrschenden Klasse. Der Marsch des Proletariats in den Straßen der Industriestädte, die erbitterten Kämpfe, die sich allenthalben entwickeln, der kämpfliche Protest des Proletariats in Massenversammlungen und Entschuldigungen, die sich allenthalben entwickeln, der kämpfliche Protest unterirdisch, der von Tag zu Tag anwachsende Druck zur kommunistischen Partei, all das verschärft die Konflikte innerhalb der Bourgeoisie. Bedeutende Teile der Schwerindustrie, das jetzt der gestrige Beschluß der Volkspartei, legen ihr Heil nur noch in der Umbildung der Brüning-Regierung unter Einbeziehung einiger Schwerindustrieller Millionäre vom Schläge Krupp oder seines Adjutanten. Brüning will nicht. Er ist zu Hindenburg gefahren und hat vorher erklärt, daß er, im Fall der Restlosauslösung den Zusammentritt des Reichstages befehlen werde, mit dem Kabinett zurücktreten wird.

Im bürgerlichen Lager herrscht völlige Verwirrung. Man weiß nicht mehr, auf welchem Wege man des drohenden Volkssturms Herr werden kann. Die Hoffnung, daß die Brüning-Regierung ihre Notverordnung, diese Ausgeburt der schlimmsten Reaktion, wird zurückziehen können, ist so gering, daß es an der Börse zu einem regelrechten Ausverkauf kam, was bezeichnend für das fehlende Vertrauen der Kapitalisten zur Macht der Regierung ist.

Inzwischen leht eine geradezu katastrophale Kapitalflucht ein. Wir sind in der Lage, aus vertraulichen Informationen, die vom Leiter der Reichsbankpräsident Dr. Luther dem volksparteilichen Reichstagsabgeordneten gab, folgendes mitteilen zu können: Die Kapitalflucht hat derartig Umfang angenommen, daß die Reichsbank in eine Zwangslage verlegt worden ist, die Relevanz, täglich 60-80 Millionen Mark, anzugreifen. Luther teilte weiter mit, daß seiner Berechnung nach seit Erlass der Notverordnung am 6. Juni nicht weniger als eine Milliarde Mark ins Ausland verflohen wurde. Die herrschende Klasse Deutschlands betreibt gemeinen Panoserosität. Die Milliarden, deren Einfluß einer ganzen Armee Arbeitssöhne wieder Arbeit und Brot verschaffen könnten, werden ins Ausland verflohen, weil dort höherer Profit winkt. Hunger und Elend des deutschen Volkes gelten den Kapitalisten einen Dreck. Sie stehen vor dem Volkssturm. In dieser Situation ist geföhrt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zusammengetreten. Zwei Tage vorher hatten ihre Vertreter im Reichstagsrat den kommunistischen Antrag auf Reichstagsauflösung mit der Begründung abgelehnt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich „erst entscheiden“ müßte. Gestern ist diese Entscheidung gefallen. In der langatmigen Entscheidung steht kein Wort von der Reichstagsauflösung. Die sozialdemokratische Brüning-Mehrheit stehen den Verfall der Notverordnung um „einige Änderungen“ an. Dazu schreibt die Volksische Zeitung von heute:

„Die Haltung der Sozialdemokratie ist gewöhnlich. Die Sozialdemokratie bleibt fählich auf dem Boden der Notverordnung, sowohl auf dem Boden der Notverordnung. Aber diesmal werden die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter die neue Auslieferung an Brüning in den beabsichtigten geheimen Verhandlungen nicht mitmachen.“

Die ungeheuren Verbrechen der herrschenden Klasse gegen die Werktätigen in Deutschland steigern die Massenempörung zur Siebzigste. Der einsehende Sturm bringt bereits die herrschende Klasse und ihre Katalen durcheinander. Wir befinden uns erst am Anfang des Bestehens der neuen Notverordnung, durch die weitere Milliarden aus den jetzt schon hungernden Massen gepreßt werden sollen. Die Bourgeoisie will zu ihrer Sicherung das verweigern, was Brüning bereits auf der Chemnitzer Tagung der schicksalhaften Industriellen versprochen: Die Ausrichtung der offenen schicksalhaften Diktatur, die Zerstückelung der Arbeiterbewegung in der Hoffnung, so ihr bankrottetes System sichern zu können. Zur Rechtfertigung der verbrecherischen Diktaturpläne gegen das Volk wird eine schamlose Hege gegen die kommunistische Partei organisiert. Das „Material“ für diese Hege liefert die SPD-Presse und sämtliche Goldschreiber der verbrecherischen Bourgeoisie verbreiten diese Lügen weiter. So wird ein infamer Scheinartikler des SPD-Bürochens von gestern vollständig vom Dresdener Anzeiger nachgedruckt. Die Sozialdemokratie bezweckt natürlich mit ihren infamen Lügen eine Verhinderung ihrer eigenen Verbrechen hat bisher die SPD sich entschieden gegen die Einberufung des Reichstages gestellt, so schreibt Max Sachs in der gestrigen Volkszeitung:

„Nach der sozialdemokratischen Fraktion muß sich sehr ernsthaft mit der Frage beschäftigen, ob nicht eine Einberufung des Reichstages notwendig ist.“

Dieser „Gefinnungswechsel“ ist darauf zurückzuführen, daß die Bourgeoisie leidet auf der Einberufung des Reichstages beider Die SPD bereitet aber bereits jetzt neue Verbrechen gegen die Werktätigen vor. Die Volkszeitung schreibt über die Verhandlungen der SPD mit Brüning und Stegerwald:

„In Bezug auf die Notverordnung ist die Reichsregierung zu Händerungen unter der Voraussetzung bereit, daß dadurch deren finanzielle Ergebnisse nicht beeinträchtigt werden.“

Der Sinn dieser geheimsinnigen Worte ist ganz klar: Die Sozialdemokratie will, um ihre Futtertruppen zu reiten, die Sozialpolitik in der noch schlimmeren Ausprägung der Weltföhrung unterliegen. Die Parteigenossen ist angesichts der fast anwachsenden Volkswut gegen ihre Verbrechen so unsicher, daß A. R. der Dresdener Anzeiger schreibt:

„Die vorzeitige Einberufung des Reichstages und ein gleichzeitiges Heranziehen des Strauß würde dem gewöhnlichen Zweck nicht dienen, sondern uns in unabsehbare Gefahren hineinföhren.“

Jawohl, die Bourgeoisie hat Furcht vor dem tiefen Proletariat, der unter kommunistischer Führung zum Gegenstoß ausbricht. Deswegen schwankt sie in ihren Entscheidungen. Sie versucht, alle Latenzen in ihren Diensten zu halten, sowohl die SPD, als auch die falsche Sozialdemokratie ist zur weiteren Verteidigung des bankrotteten kapitalistischen Systems bereit. Sie hat auf ihrem Parteitag beschlossen, den herrschenden Kapitalismus gegen das Volk zu verteidigen. Jedoch alle „Künste“ der Ausbeuter und ihrer Bediensteten müssen verwerfen. Die Lage der Ernährer, der Arbeiter, des Mittelstandes und der werktätigen Bauern ist heute schon so unerträglich, daß die Volkswut trotz des brutalen Terrors unter Führung der Kommunisten den Kampf gegen das Elend aufnehmen. Selbst jene Schichten, die bisher noch den im Solde der herrschenden Klasse stehenden Volks-

Dem roten Einheitskongress revolutionären Gruß!

Dresden, 13. Juni.

Heute und morgen tagen die Delegierten des schicksalhaften Proletariats aus den Betrieben, Büros, von den Stempelstellen in Stadt und Land in Dresden auf dem 3. Landestag der KPD. Ihre Aufgabe ist es, den Vorschlag der KPD in den proletarischen Massen, das Wachstum der Organisation, die gegen die Lohnrauboffensive der herrschenden Klasse geföhrt, und die Erfolge der Sturmplanung und der roten Sozialoffensive zu überprüfen, um aus den gewonnenen Erfahrungen die notwendigen Lehren zu ziehen und Beschlüsse zu fassen für die kommenden Kämpfe. Bereits am Sonnabend 19 Uhr treten die Industrie- und Unterführungsgruppen zu ihren Tagungen zusammen, um ihre Spezialaufgaben zu beraten. Am Sonntag 9 Uhr beginnt die Plenartagung im Keglerheim, in der ein Vertreter des Reichs-Komitees und der Führer der schicksalhaften KPD, der Genosse Paul Kästel, zu den vor der KPD stehenden Aufgaben, dem Sturmangriff gegen Lohn- und Unterführungsgraw, gegen Hunger und Faschismus, für Arbeit und Brot, in den Hauptreferaten Stellung nehmen werden. Die Delegierten aus allen Teilen Sachsens werden berichten über den Kampf der KPD gegen die Massennot, gegen den reformistischen Verrat und Faschismus, über ihre Erfolge bei der Organisierung der roten Einheitsfront.

Besondere Bedeutung gewinnt der rote Einheitskongress der KPD Sachsens dadurch, daß er zusammenfällt mit dem Welt- солидарitätstag der IAA. In der ganzen kapital-

beträgern in den verschiedensten bürgerlichen Parteien. Glauben überlassen, rufen zur kommunistischen Partei und stellen sich ein in die Volksfront gegen den Kapitalismus.

Im schnellen Tempo reißt die revolutionäre Krise heran. Nur die kommunistische Partei und die KPD stehen an der Spitze der Werktätigen zur Verteidigung ihres Lebens gegen die Bourgeoisie. Nur die kommunistische Partei zeigt den praktischen Ausweg aus der Volksnot durch ihr Arbeitsbeschaffungs- und das Hungerhilfsprogramm. Die KPD ist es, die übertrifft an der Spitze der kämpfenden Massen steht, die das Volk im Befreiungskampf gegen die parasitären Ausbeuter führt.

Betriebe antworten Brüning, Schied und Wels

Freigewerkschaftliche Betriebsräte für Arbeitsbeschaffungsplan der KPD!

Dresden, 13. Juni 1931

Die Dresdener Betriebsarbeiter antworten gemeinsam mit den Erwerbslosen der Brüning-Diktatur. Eine Belegschaftsversammlung der Arbeiter der Firma R. Veinbrod Nachf., A. Vitzth & Co. in Niederzsch, nahm mit den Stimmen der freigewerkschaftlichen Betriebsräte einstimmig folgende Resolution der KPD-Vertreter an:

„Die heute, am 10. Juni 1931, im Restaurant zur Wartburg versammelte Belegschaft der Firma R. Veinbrod Nachf., A. Vitzth & Co., Niederzsch, nimmt Kenntnis von den ungeheuren Maßnahmen Brüning's und seiner 2. Notverordnung. Die Notverordnung bedeutet eine gewaltige Verschlechterung der Lebenslage der gesamten deutschen Arbeiterschaft, Hunger, Not, Elend, Grauen sind die Wegbegleiter des deutschen Proletariats. Die versammelten Arbeiter geloben, den schärfsten Kampf gemeinsam mit den Erwerbslosen und Betriebsproleten gegen die soziale Reaktion zu führen. Als Richtlinie dient uns der Arbeitsbeschaffungsplan der kommunistischen Partei, der uns den Weg zeigt, und Arbeit und Brot gewährleistet. Wie Betriebsarbeiter solidarisieren uns mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei zur gemeinsamen Organisierung der Volksrevolution.“

Eine besonders hart von Frauen besuchte Betriebsversammlung der Schokoladenfabrik Schmidt's nahm Stellung zur neuen Notverordnung und zum 3. Landestag der KPD. Eine Entschließung wurde geföhrt, in der die Arbeiter und Arbeiterinnen zum schärfsten Kampf gegen die 2. Notverordnung der Brüning-Regierung aufgefordert wird. 2 Delegierte wurden zum Landestag der revolutionären Gewerkschaftsopposition gewählt.

(Arbeiterkorrespondenzen 1294 und 1295)
Die Belegschaft der Straßenbahnwerkstätte Dresden-Trachenberge hat in einer gutbesuchten Betriebsversammlung einen einstimmigen Beschluß geföhrt, in dem es heißt:

„Die Notverordnung der Brüning-Diktatur bedeutet eine gewaltige Verschlechterung der Lebenslage der gesamten werk-

tätigen Bevölkerung. Die Belegschaft gelobt, den schärfsten Kampf gemeinsam mit den Erwerbslosen zu führen. Als Richtlinie dient der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD, der den Ausweg zeigt. Die Belegschaft protestiert weiter gegen den Terror schicksallicher Verbände, wie er besonders in dem Heberfall auf den „Bürgergarten“ in Dresden-Röbitz zum Ausdruck kam. Sie protestiert weiter gegen die Maßnahmen der Polizei. Die Belegschaft wird nichts unberücksichtigt lassen, um im revolutionären Kampfschritt mit der gesamten Arbeiterschaft, unter Führung der KPD und KGO, die Kämpfe für Arbeit und Freiheit zu verstärken.“

Einen Beschluß in gleicher Linie föhrt die Belegschaft der Straßenbahnwerkstätte Tolkewitz.